



Dezember 2010

Von A wie „Armut und nachhaltige Entwicklung“ bis W wie „nachhaltiges Wirtschaften“

– inhaltliche Schwerpunkte des Online-Dialogs zur Nachhaltigkeit 2010 –

Über 1.004 Bürger und Institutionen haben sich am „Dialog zur Nachhaltigkeit“ beteiligt. In 1.213 Stellungnahmen und Kommentaren haben sie zum Ausdruck gebracht, was ihnen bei der Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland wichtig ist.

Über 95 Prozent der Beiträge gingen über den Online-Dialog ein. Die Moderatoren des Dialogs haben zusammengestellt, welche der 13 Themenkomplexe des Online-Dialogs besonders stark diskutiert wurden und welche Aspekte jeweils für die Menschen wichtig waren.

Topthemen „Klima/Energie“ und „Nachhaltigkeit“

Das mit Abstand am meisten diskutierte Thema war „Klima/Energie“, gefolgt von „Nachhaltigkeit“. Auf Rang zwei folgten „Erhaltung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen“ und „Konsum“.

„Wirtschaften“ und „Finanzierungs- und Wirtschaftsinstrumente“ bilden in puncto Beteiligungsstärke die dritte Gruppe. „Bildung“, „Verkehr“ und „soziale Eingliederung, Demographie und Migration“ kommen in dieser Hinsicht an vierter Stelle, „Gesundheit“ und „Wasser“ anschließend. Die Themenkomplexe „Forschung und Entwicklung“ und „Armut und Entwicklung in internationaler Perspektive“ wurden im Vergleich zu den anderen weniger stark berücksichtigt.

Die Themenfelder in der Übersicht:

Nachhaltigkeit: Konzept und Begriff der Nachhaltigkeit wurden intensiv diskutiert. Dazu gehörte die Frage, wie sie sich messen lässt. Auch die Frage, wie dem Gedanken gesellschaftlich mehr Durchschlagskraft gegeben werden könnte, wurde aufgegriffen. Dabei spielte Werbung ebenso eine Rolle wie die Nachhaltigkeitsprüfung in der Gesetzgebung.

Auch die Wirksamkeit und die Verbindlichkeit der Nachhaltigkeitsstrategie(n) auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene wurden angesprochen. In diesem Zusammenhang kam eine Reihe von Vorschlägen für neue Gremien und Veranstaltungen, unter anderem Enquete-Kommissionen, ein nationaler Zukunftsrat oder ein Nachhaltigkeitsgipfel.

Nachhaltiges Wirtschaften: Das Thema ist eines der beiden Schwerpunktthemen, das die Bundesregierung für den Dialog und auch den Fortschrittsbericht zur Nachhaltigkeitsstrategie vorgeschlagen hat. Die meist diskutierten Punkte waren: Arbeitsmarkt, Wachstum und Wettbewerb und Bildung für nachhaltiges Wirtschaften.

In der Arbeitsmarktpolitik sprachen Teilnehmerinnen und Teilnehmer aktuelle Entwicklungen unter anderem in Bezug auf die gestiegene Arbeitsproduktivität, Zeitarbeit oder die Chancengleichheit bei der Ausbildung an. Im Fokus stand daneben auch die Gestaltung von



Arbeitsverhältnissen (Vereinbarkeit von Familie und Beruf, betriebliche Mitbestimmung, Weiterbildung, Altersstruktur).

Unter dem Stichwort „Wachstum und Wettbewerb“ wurden vor allem die Vereinbarkeit von Nachhaltigkeit und Wachstums- und Wettbewerbsstrategien sowie Alternativen zum Wachstumsmodell diskutiert.

Wasser: Bei dem zweiten von der Bundesregierung vorgeschlagenen Schwerpunktthema dominierte das Thema „Verbrauch und Management von Wasser“. Viele Stellungnahmen kreisten dabei um das individuelle Verbraucherverhalten und dessen Steuerung. Zum anderen ging es um den Wasserbrauch in der Wirtschaft (zum Beispiel in der Landwirtschaft, Industrie- und Textilproduktion, Bedeutung von Grubenwasser für die Wasserversorgung).

Weitere Themen waren: die Qualität unseres Trinkwassers (zum Beispiel Rückstände, mögliche Gefährdung durch Lagerung von Kohlendioxid), die Infrastruktur (unter anderem Renovierung von Brunnen, Hochbehältern, Leitungssystemen, Mikroorganismen zur Wasseraufbereitung) und die Frage der Privatisierung der Wasserversorgung.

Klima/Energie: Beim meistdiskutierten Thema „Klima/Energie“ ging es schwerpunktmäßig um die erneuerbaren Energien (zum Beispiel den Ausbau, einzelne Regelungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes oder die Nachhaltigkeit von bestimmten Anlagen oder Biokraftstoffen). Zahlenmäßig zweitwichtigstes Thema war der Umbau der Energiesysteme, dabei spielte das Energiekonzept der Bundesregierung eine besondere Rolle. Die Kernenergie – dabei vor allem die Laufzeiten der Kraftwerke und die Endlagerung – folgte an dritter Stelle in der Rangfolge der Themen.

Auch die Berücksichtigung des Energieverbrauchs für die Herstellung von Produkten, Dienstleistungen oder Energie bei Planung und Gestaltung und die daraus entstehenden Folge(koste)n wurden thematisiert. Ein weiterer Fokus lag auf dem Bauen, der Sanierung und Dämmung von Gebäuden sowie auf das Energiesparen und den Konsum von Fleisch, was das Verbraucherverhalten anbelangt.

Verkehr und Bauen: Weiten Raum nahm in diesem Themenfeld der Individualverkehr ein. Hier reichten die Stellungnahmen von einer Stärkung des Fahrradverkehrs und des Zu-Fuß-Gehens, der Belastung von Inlandsflügen bis hin zu Tempolimits. Nicht ganz so stark wurde der öffentliche Personenverkehr thematisiert. Hier spielten die Finanzierung und die Zukunft der Bahn eine Rolle, einschließlich des Großprojekts „Stuttgart 21“.

Beim Thema „Bauen“ ging es den Diskutanten zum einen um die Lebensqualität in Städten generell (Grünflächen, Reduzierung von Verkehr, Erholungsräume, Spielplätze, Stärkung des sozialen Lebens, Koordinierung/Zusammenfassung von Straßenbau- und Infrastrukturarbeiten). Daneben lag der Fokus auf der Förderung nachhaltigen Bauens/Wohnens (unter anderem Vergabepraxis der öffentlichen Hand, alternative Wohnformen).

Konsum: Konsum – das hieß für die Dialog-Teilnehmer vor allem „Lebensmittelkonsum“. Dabei waren Thema: Fleischproduktion/-konsum, Biohandel, Überfischung, Gesundheitsfolgen von Produktion und Konsum für Mensch und Tier, Gentechnik.



Am zweithäufigsten wurde die Frage der Verbraucherinformation und des Verbraucherschutzes thematisiert. Gefragt wurde danach, wie hilfreich die Lebensmittelkennzeichnung in puncto Nachhaltigkeit ist und wie sich die Verbraucherinnen und Verbraucher in ihrem Konsumverhalten hierfür sensibilisieren lassen.

Erhaltung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen: In diesem Themenfeld gaben die Dialogteilnehmer jeweils gleich viele Beiträge zu den Unterthemen „Tierschutz“, „biologische Vielfalt“, „Forstwirtschaft“ und „Müll“ ab.

Viele äußerten sich dabei zur Landwirtschaft und zu ihren Produktionsweisen: Neben Monokulturen unter anderem für Biogasanlagen, Gentechnik und Bodenschutz ging es dabei vor allem um die Bedingungen und Folgen von Masttierhaltung.

Einen weiteren Schwerpunkt bildeten Äußerungen zum Schutz von Landschaft als Kultur- und Erholungslandschaft und zu Wald und Forstwirtschaft.

Zur Sprache kamen auch Moore und ihre Gefährdung, der Meeresschutz und (Grund-)Wasserunreinigungen sowie die zunehmende Flächenversiegelung.

Als Herausforderung sah man schließlich auch: überhöhten Ressourcenverbrauch (und dabei unter anderem die Facetten Produktion, Werbung, Müll, Lebensmittelverschwendung) und den Energieeinsatz insgesamt und in internationaler Perspektive.

Gesundheit: Dieses Thema veranlasste Teilnehmer, sich generell zum staatlichen Gesundheitswesen und zur Ausgestaltung der Krankenversicherungen zu äußern. Dabei wurde beispielsweise dafür plädiert, die Gesundheitskosten von den Arbeitskosten zu entkoppeln. Eine andere Anregung war, den Krankenkassenbeitrag für besonders Gesundheitsbewusste zu senken. Weitere Diskussionspunkte waren die Eigenverantwortung der Bürger für ihre Gesundheit, die gesunde Ernährung sowie Gesundheitsbildung in der Schule.

Soziale Eingliederung/Demografie/Migration: Tophema im Themenforum „Soziale Eingliederung“ war das Thema „politischer Prozess und Demokratie“. Immer wieder ging es um Fragen der Beteiligung der Bürger an politischen Entscheidungen (zum Beispiel Lokale Agenda 21, bei Großprojekten, als Ratgeber der Regierung, in Gesundheits- und bei ethischen Fragen, auf kommunaler und nationaler Ebene). Erörtert wurden ferner Fragen der Transparenz und Kommunikation von Entscheidungen, Stimmrechte zum Beispiel von Familien und auch um die Bildung von Kompetenzen, die politische Urteile ermöglichen (Ethikunterricht, soziales Jahr).

Zweithäufig thematisierte Punkte waren die Sozialsysteme, allem voran das Rentensystem, und der Arbeitsmarkt: Teilnehmer votierten für neue Strukturen, die sich an den aktuellen Bedürfnissen der Bevölkerung orientieren. Die vorhandene Arbeitslast solle auf möglichst viele verteilt werden. Als Zielgruppen, die besonderer Aufmerksamkeit bedürften, wurden unter anderem Frauen beziehungsweise Familien insgesamt, Migranten, Freiberufler und Arbeitslose genannt. Arbeit mit Bedürfnissen mit anderen Lebensbereichen (zum Beispiel ehrenamtlichem Engagement) in Einklang zu bringen wurde immer wieder genannt. Das gleiche galt für die unterschiedlichen Möglichkeiten der sozialen Absicherung.



Armut und nachhaltige Entwicklung in internationaler Perspektive: Das Thema stand größtenteils unter der Frage, wie individuell und auf nationaler Ebene Verantwortung für internationale Entwicklungen übernommen werden kann – zum eigenen wie zum Wohl aller. Diskussionslinien waren dabei globale Zusammenhänge wie die Auswirkung europäischer Landwirtschaftssubventionen auf die Entwicklungsländer und Genpatente.

Bildung: Hierunter verstanden die Dialogteilnehmer vor allem Schulbildung. Wie können unsere Schulen kritisches Denken und nachhaltige Entwicklung fördern? Welche Werte und Inhalte sollten sie in welchen Unterrichtsfächern vermitteln? Wie sind die strukturellen Rahmenbedingungen zu verändern?

Forschung und Entwicklung: Bei diesem Themenfeld überwog das Thema „Forschung“. Im Einzelnen ging es um Rahmenbedingungen des Forschens (zum Beispiel Nachwuchsförderung, Kontinuität der Förderung, Schutz und Grenzen des geistigen Eigentums, Adressaten der Förderung, Tierversuche). Einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer sahen überdies Forschungsbedarf, zum Beispiel bei der Erderwärmung, Ressourcen, Weltbevölkerungswachstum, Naturkatastrophen, Umweltverschmutzungen, schwindender Artenvielfalt, umweltverträglicher Schifffahrt oder Wasseraufbereitung.

Finanzierungs- und Wirtschaftsinstrumente: Ein großer Teil der Diskussionsteilnehmer dieses Themas plädierte dafür, Subventionen und staatliche Förderung an nachhaltiges Handeln oder entsprechende Produkte knüpfen und dies durch geeignete Überprüfung sicherzustellen. Entscheidungen in der Haushalts- und Steuerpolitik sollten allgemein an Nachhaltigkeitsziele zu gebunden werden.

Ein weiterer, oft genannter Aspekt betraf die materielle Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen. Dies sahen Teilnehmerinnen und Teilnehmer als generelle Herausforderung. Sie verwiesen auf potentiell denkbare unterschiedliche Verantwortlichkeiten (Einkommensobergrenzen, Lastenausgleich, „Reichensteuer“, Anhebung von Grundsteuern) und den Aspekt der Generationengerechtigkeit.

Die vollständige Dialog-Dokumentation ist auf der Startseite von www.dialog-nachhaltigkeit.de abrufbar. Alle Beiträge werden für die Erarbeitung des Entwurfs für den Fortschrittsbericht 2012 zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie ausgewertet. Dieser Entwurf wird voraussichtlich im Sommer 2011 zur Diskussion stehen: online und offline.